

GENUG HERAUSGEREDET!

Zivilgesellschaftliche Erklärung fordert ein Ende des Schattendaseins deutscher Nachhaltigkeitspolitik

Wenige Monate vor dem globalen Nachhaltigkeitsgipfel bei den Vereinten Nationen im September 2019 in New York, haben zahlreiche VertreterInnen der deutschen Zivilgesellschaft in einem öffentlichen Appell¹ an die Bundesregierung auf die systematischen Lücken in der deutschen Nachhaltigkeitspolitik reagiert. Die 135 mitzeichnenden Organisationen machen in der dreiseitigen Erklärung deutlich, dass der klare Handlungsauftrag, zu dem sich Deutschland mit der Verabschiedung der Agenda 2030 und ihre 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung verpflichtet hat, bisher nicht ausreichend ernst genommen wird. Die Botschaft ist klar: Wir müssen heute handeln, sonst verspielen wir unsere Zukunft.

DER GEPLANTE Gipfel im September wird der erste Moment nach Verabschiedung der Ziele sein, in dem alle unterzeichnenden Staats- und Regierungschefs erneut zusammenkommen, um eine erste Bilanz zur bisherigen Umsetzung zu ziehen. Die Botschaft im Vorfeld ist klar: Zu wenig, zu langsam. In diesem Tempo werden die Ziele bis 2030 nicht erreicht, in einige Feldern sind sogar Rückschritte zu verzeichnen. Dringender Handlungsbedarf und neue Beschlüsse sind also die wichtigsten Aufgaben im Vorfeld des Gipfels. Dass Deutschland seinen Status als globaler Nachhaltigkeitsvorreiter und Klimachampion schon lange verspielt hat, wird spätestens überdeutlich, seitdem uns Jugendliche wöchentlich daran erinnern müssen, wie leichtfertig die Bundesregierung mit ihren selbstgesetzten Zielen umgeht. Doch gerade im Bereich der Nachhaltigkeitspolitik ist von einer neuen Einsicht nichts zu bemerken. Trotz vielfachen Drucks konnte Bundeskanzlerin Merkel ihre Teilnahme an dem Gipfel in New York nicht sicher zusagen, ganz im Gegensatz zu vielen ihrer AmtskollegInnen. Politische Prioritätensetzung sieht anders aus.

Zum Nischendasein verdammt: Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland

Auch die Verabschiedung der Agenda 2030 hat an einem grundsätzlichen Problem nichts geändert: Das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung fristet in Deutschland noch immer ein absolutes Nischendasein. Möglicherweise ein ganz schöner Ansatz, um bei umweltpolitischen Entscheidungen auch die sozialen Aspekte nicht zu vergessen oder ein beliebtes Argument um die Kosten (also die

„wirtschaftliche Nachhaltigkeit“) bei öffentlichen Ausgaben weiter zu drücken, aber sicherlich kein Konzept, das in seiner Gänze bei wirtschafts-, handels- oder agrarpolitischen Entscheidungen ernsthaft zum Tragen kommt. Am Ende ein Aushandlungsfaktor von vielen, als Leitbild im politischen Tagesgeschäft kaum zu erkennen. Angesprochen auf diesen blinden Fleck der politischen Arbeit, ermahnte die Bundeskanzlerin erst neulich im Rahmen einer Nachhaltigkeitsveranstaltung öffentlich, dass es die Aufgabe der Politik sei, am Ende „Menschen in allen Teilen Deutschlands mitzunehmen [...]“. Das soll keine Relativierung sein, sondern das ist eben unsere Aufgabe in der Politik.“² Als ob die ökologische, soziale und wirtschaftliche Ausrichtung auf Nachhaltigkeit einen Beitrag zur Polarisierung in Deutschland leisten würde. Ganz im Gegenteil ist es doch gerade das Vernachlässigen der sozialen Stabilität und der Gefährdung unserer natürlichen Ressourcen, der bei so vielen Menschen im Land ein Gefühl der Frustration hinterlässt.

Geschlossen wie selten

Soviel zum Hintergrund der zivilgesellschaftlichen Erklärung, die für die bisherige Untätigkeit der Bundesregierung klare Worte gefunden hat: Unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist alles andere als nachhaltig. Ökologische Krisen wie der Klimawandel verschärfen sich und soziale Ungleichheit nimmt zu, bei uns und global. Die Analyse ist klar, doch eine entschiedene Antwort der Regierenden lässt auf sich warten. Wohl auch deshalb hat der Aufruf so viele Mitzeichnenden gewinnen können. Und das weit über die Kreise der Umwelt-

und Entwicklungsverbände hinaus. Der Ruf nach einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Neuausrichtung der politischen Entscheidungen wird immer lauter. Nicht erst die aktuellen Wahlergebnisse spiegeln das mehr als deutlich wieder. Es bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung den klaren Handlungsauftrag, den ihre BürgerInnen aktuell an sie formulieren, spätestens bis zum UN-Gipfel im September verstanden haben. Und mit einem klaren Kurswechsel unter Beweis stellen, dass sie nicht nur der Welt erklärt, wie es besser geht, sondern mit gutem Beispiel vorangeht.



Elisabeth Staudt

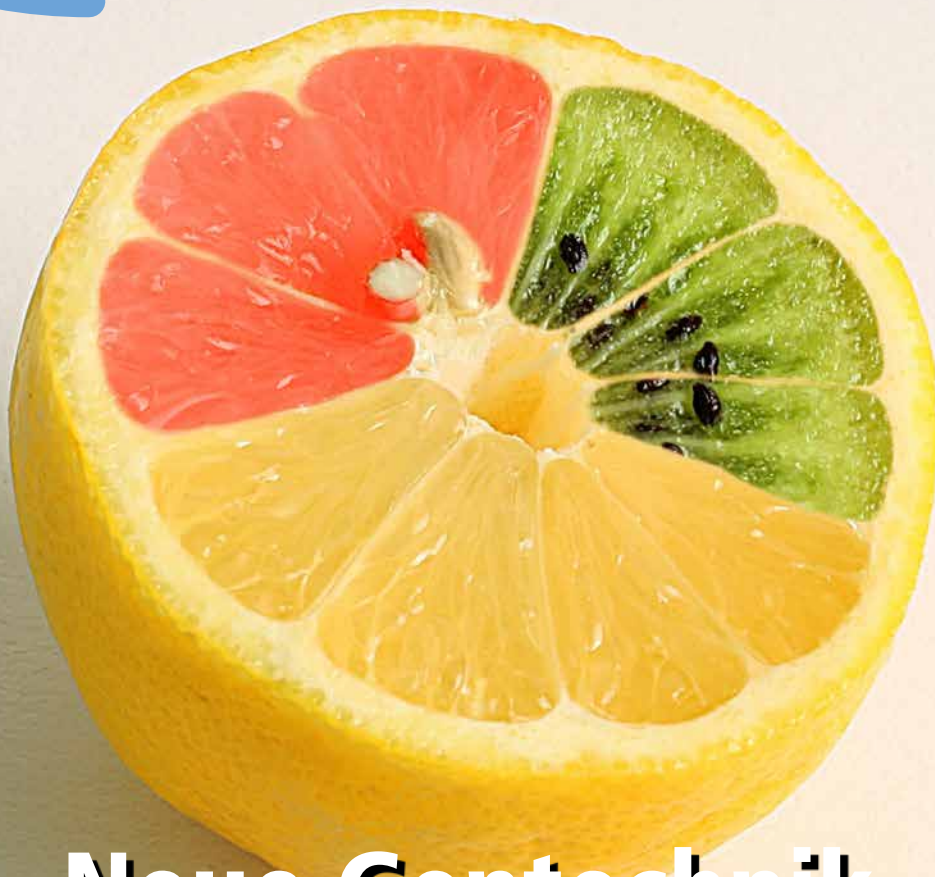
Die Autorin ist Referentin für Nationale Nachhaltigkeitspolitik im Forum Umwelt & Entwicklung.

- 1 Die zivilgesellschaftliche Erklärung finden Sie hier zum Download: https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2019/06/Erkl%C3%A4rung-A4-online_135.pdf.
- 2 <https://www.bundestkanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundestkanzlerin-merkel-zur-19-jahreskonferenz-des-rates-fuer-nachhaltige-entwicklung-am-4-juni-2019-in-berlin-1634694>.

2/2019

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung



Neue Gentechnik

Zwischen Labor, Konzernmacht und
bäuerlicher Zukunft

Seite 4

**Das neue Lieblingswerkzeug
der Biotechnologie:
Grundlagen neuer
Gentechnik**

Seite 10

**Neue Gentechnikverfahren
und Pflanzenzucht: Patente-
Kartell für Großkonzerne**

Seite 18

**Gefährliche Scheinlösung:
Mit neuer Gentechnik die
Welternährung sichern?**

Seite 20

**Kolonialherrschaft im
neuen Gewand: Afrika
als Versuchsfeld für neue
Gentechnik**

ISSN 1864-0982